Ulrich Bochum / Jeffrey Butler /
Klaus Kohlmeyer / Stephanie Odenwald

Berlin: l(i)ebenswert, innovativ, rebellisch

Die wachsende Stadt muss für alle bezahlbar gemacht werden

VSA:

Ulrich Bochum / Jeffrey Butler /
Klaus Kohlmeyer / Stephanie Odenwald
Berlin: l(i)ebenswert, innovativ, rebellisch

Ulrich Bochum, *Jeffrey Butler*, *Klaus Kohlmeyer* und *Stephanie Odenwald*
leben in Berlin und publizieren seit vielen Jahren zum Thema Berlinpolitik.

Wir danken dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin, dass er dieses Buchprojekt ermöglicht hat.
Unser Dank gilt vor allem auch Harald Heck, Bernhard Müller und Gerd Siebecke vom VSA: Verlag für Eure kompetente und engagierte Unterstützung bei der Fertigstellung dieses Buches.

Ulrich Bochum / Jeffrey Butler /
Klaus Kohlmeyer / Stephanie Odenwald

Berlin: l(i)ebenswert, innovativ, rebellisch

Die wachsende Stadt muss für alle bezahlbar gemacht werden

Gefördert durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

Bildnachweis
Alle Fotos von Klaus Kohlmeyer außer
S. 8 Stephanie Odenwald
S. 13 picture alliance / Jochen Eckel
S. 162 picture allianc / SZ Photo
S. 165 Georg Kurz
S. 203 Ben Gross

© VSA: Verlag 2026, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-96488-271-4

Inhalt

Vorwort von Martin Hoyer 7

Berlin: L(i)ebenswert, innovativ, rebellisch 8
Die wachsende Stadt muss für alle bezahlbar gemacht werden 8 | Das laute und rebellische Berlin zeigt sich besonders in der Wohnungsfrage 9

Schlechte Stimmung in Berlin 11
Alles wird teurer! 12 | Hast du mal eine Wohnung für mich? 13 | Ein Blick zurück im Zorn 14 | Der verhängnisvolle Kurs der SPD 14 | Vorzeitiges Aus für Rot-Rot-Grün 15 | Die kleine »Große Koalition« in Berlin seit 2023 16 | Die Stimmung in der Opposition ist gegenwärtig sehr unterschiedlich 18

Die Berliner Bezirke – 12 Großstädte auf der Suche nach einem Zentrum 19
Berlin ist gewachsen 21 | Seniorenwohnhaus oder Kindertagesstätte? 23 | Stadt der Alleinlebenden 25 | Wie regiert man eine Millionenstadt? 26 | Die Berliner Verwaltung 27

Stadt der Vielfalt? 29
Flucht vor Krieg und Verfolgung 33 | Bündnis »Städte Sicherer Hafen« 34 | Wer sucht gegenwärtig Schutz in Berlin? 34 | Die fehlenden Fachkräfte 36 | Wie kann man die Geflüchteten unterbringen? 38 | Auftrag für die neue Landesregierung 40

Armut und soziale Ungleichheit 41
Armutsgefährdung nach der OECD-Definition 43 | Exkurs: Bildung – Der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe 46 | Wer braucht die Hilfe des Staates zum Leben? 49 | Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB I 50 | Abgehängt auf dem Arbeitsmarkt? 51 | SGB-II-Empfang trifft insbesondere die Kinder! 51 | Altersarmut ist weiter am Steigen 54 | Steigende Wohnkosten führen verstärkt zu Wohnungs- und Obdachlosigkeit 58 | Das Geschäft mit den Armen 61 | Die Kehrseite der Armut: Reichtum 62 | Auftrag an die Landespolitik 63

Berlin als »sorgende Stadt« 65
Ausbau eines sozialen Netzwerkes für das Leben mit Kindern 65 | Care-Arbeit vergesellschaften 66 | Gute verlässliche Kitaversorgung 67 | Vom Mangel zum Überhang an Kitaplätzen 68 | Kitas als Orte frühkindlicher Bildung können Benachteiligungen bei Kindern ausgleichen 69 | Umgehen mit unterschiedlicher Herkunft und Sprachvielfalt 69 | Netzwerk für pflegebedürftige Kinder 70 | In Würde alt werden 71 | Mangel an attraktiven Pflegeheimen 72 | »Das Land Berlin ist gut beraten, an dieser Stelle nicht zu sparen« (Gesundheitssenatorin Czyborra) 72 | Der neue Berliner Landespflegeplan 2025 73 | Leitbild »sorgende Stadt« 74

Ungleiche Lebensbedingungen = ungleiche Gesundheit 75
Wenn man arm ist, muss man früher sterben 76 | Wie komme ich zum nächsten Arzt? 79 | Was, wenn man keine Krankenversicherung hat? 81 | Belastungen durch Mortalität und Krankheiten 82 | Auftrag an die Landespolitik 84

Schutz vor Gewalt in Berlin – Sicherheit hat viele Facetten 85
Aufklärung contra Angstkampagnen 85 | Polizeistatistik 86 | Das Landesantidiskriminierungsgesetz 87 | Politisch motivierte Straftaten 88 | Gewalt gegen Frauen 89 | Rücknahme der Kürzungen im Bereich Gleichstellung und Gewaltschutz gefordert 90 | Den öffentlichen Haushalten fehlt das Geld 90

Wirtschaft, Arbeit, Haushalt. Vom Aufschwung zur Stagnation? 91
Zum Berliner Haushalt 94 | Wie wirkt sich das Finanzpaket in Höhe von 500 Mrd. Euro auf Berlin aus? 96 | Prioritätensetzung: Festhalten an Großbauprojekten 98 | Wachsender Schuldenberg 99

Zentralität des Bodens und seine ungebremste Wertsteigerung 101
Die Bedeutung des Bodens für das gesellschaftliche Leben 102 | Grund und Boden als international nachgefragtes Anlageobjekt 103 | Bürger*innen zahlen – Anleger verdienen 104 | Explosion der Bodenpreise 105 | Mehr Gerechtigkeit statt Gewinnsteigerung? 106 | Über den Tellerrand geschaut 108

Wohnen ist ein Menschenrecht!
Der Staat steht in der Pflicht, es zu gewähren 109
Wahlkampf in Berlin: Glaubwürdige Politikansätze statt Sündenböcke 110 | Der Berliner Wohnungsmarkt aus den Fugen 111 | Mietpreisexplosion 116| »Das Mietrecht ist ein Mieterhöhungsrecht« 119 | Krise der sozialen Wohnraumversorgung 123 | Miete frisst Einkommen auf – Wohnarmut wächst 123 | Sozialer Wohnungsbau und die soziale Wohnraumversorgung 125 | Das lockende Geschäft mit der Ware Wohnung 129 | Wem gehört die Stadt? 130 | Gemeinwohlorientierte Eigentümer 131 | Privateigentum 132 | Das Problem der Finanzialisierung in der Wohnungswirtschaft 135 | Gemeineigentum ist besser 138 | Der Kampf ums Wohnen 143 | Erforderliche Lösungsansätze für Berlin 155

Die neue Mietenbewegung im »Lauten Berlin«
Interview mit Ralf Hoffrogge 165

Berlin im Zeichen des Klimawandels – »Stadt der Zukunft«? 175
Wie kommt man von A nach B in Berlin? 176 | Der »Erfolg« der Tempo-30-Zonen 177 | Neustes Statussymbol: eine Parkplatzflatrate in der Innenstadt? 178 | Ein leistungsstarkes Verkehrsnetz für Berlin und sein Umland 178 | Bauen, Bauen, Bauen als Lösung des schwarz-roten Senats für den Wohnungsmangel 179 | Schnelles, umweltschonendes und bezahlbares Bauen 180 | Nachhaltige Stadtentwicklung – Interview mit Tobia Lakes 181

Handlungsfelder für eine gute Bildung in Berlin 183
»Eine Schule für alle« 184 | Lehrermangel überwinden 185 | Strukturverbessernde Investitionen 186 | Das Zukunftsprojekt der Gemeinschaftsschulen geht zu langsam voran 187 | Ganztagsschulen mit hoher Qualität für alle 188 | Das Sanierungs- und Neubauprogramm fortsetzen 189 | Strukturwirrwarr überwinden 190 | Eine neue Lernkultur 193 | Fazit 195

Kulturstadt Berlin am Scheideweg? – Interview mit Klaus Lederer 203

Ausblick: Chancen für einen Politikwechsel? 211

Literatur 215

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Berlin ist eine Stadt, die Menschen anzieht, Freiräume bietet und sich immer wieder neu erfindet. Doch diese Qualitäten stehen zunehmend unter Druck. Insbesondere die Frage des Wohnens ist zu einer der zentralen sozialen und politischen Herausforderungen geworden.

Das vorliegende Buch knüpft an die früheren Analysen zu den »Sozialen Spaltungen« in Berlin an und führt sie in neuer Perspektive fort. Im Mittelpunkt steht diesmal das Wohnen als entscheidender Faktor für Lebensqualität, Teilhabe und soziale Sicherheit in unserer Stadt. Steigende Mieten, Verdrängung und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum verändern Berlin spürbar und stellen die Frage, für wen diese Stadt künftig noch l(i)ebenswert ist.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin steht für sozialen Ausgleich und soziale Sicherung ein. Wir unterstützen diese Veröffentlichung, weil sie einen wichtigen Beitrag zur fachlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung leistet. Die Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis helfen, soziale Realitäten besser zu verstehen und notwendige Handlungsansätze zu erkennen.

Unser Dank gilt allen Autorinnen und Autoren.
Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Martin Hoyer, Geschäftsführer
Der Paritätische Wohlsfahrtsverband Berlin

DER PARITÄTISCHE
Berlin

Berlin: L(i)ebenswert, innovativ, rebellisch

Die wachsende Stadt muss für alle bezahlbar gemacht werden

Im September 2026 wird in Berlin gewählt und damit werden Weichen für die Zukunft gestellt. Nicht nur im Wahlkampf malen gewisse Zeitungen das Bild eines gespenstischen Berlins – ein Berlin, das nicht mehr funktioniert, wo Gewalt und Verwahrlosung überhandnehmen. Dabei ist Berlin ein Ort, der viele Menschen anzieht, eine laute Stadt, sowohl arm und schäbig wie auch glamourös und reich an Kultur, nervig und zugleich liebenswert und widerständig. Eine aufregende wachsende Metropole voller Widersprüche.

»Wir sind kein Betongold«. Mieter*innen am Herrfurthplatz im Neuköllner Schillerkiez kämpfen nach dem Tod der Eigentümerin um bezahlbares Wohnen. Vererbt wurde die Immobilie an eine gemeinnützige Stiftung, doch ein »Pflichtteilsberechtigter« sorgte dafür, dass die Wohnhäuser höchstbietend verkauft wurden. Dem Nachbarschaftstreffpunkt, die Kneipe »Daffke« wurde als erstes gekündigt.

Doch die Gespenstergeschichten machen Angst, signalisieren Bedrohung und sprechen die Menschen an, für die so manche Alpträume Lebensrealität sind. So der Alptraum, die Miete nicht mehr bezahlen zu können, die Wohnung zu verlieren oder keine zu finden. Die Wohnungsnot ist Problem Nummer eins in Berlin, obwohl die Landesregierung per Berliner Verfassung verpflichtet ist, für alle bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, also das Menschenrecht auf Wohnen einzulösen. Kaum weniger quälend ist der Alptraum, dass die Kinder scheitern: Schulversagen, Drogen, Depression. Oder der Alptraum, im Alter und bei Krankheit ein elendes Leben zu erwarten, einsam und würdelos. Der Alptraum, entlassen zu werden, keine Arbeit mehr zu finden, sich abhängig und wertlos zu fühlen. Der Alptraum, mit Gewalt konfrontiert zu werden, ob auf der Straße oder zu Hause.

Doch wo Not ist, kann nach Auswegen gesucht und tatkräftig gehandelt werden. Zum Glück treffen in Berlin viele widerständige Menschen aufeinander und bewegen etwas, ob in Parteien, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Genossenschaften, Vereinen. Dieses Bürger*innenengagement bewirkt überall in Berlin, dass gegen Missstände protestiert wird. Eltern engagieren sich in Kitas oder Schulen. Wenn es sein muss, ziehen sie vor das Rathaus des Bezirks, weil die baulichen Zustände in Kitas oder Schulen das Wohl ihrer Kinder gefährden. Oder Bürger*innen wehren sich gegen den Ausbau der Autobahn (A 11) mitten durch ihren Stadtteil. Andere starten einen Volksentscheid, weil Hunderttausende von absterbenden Bäumen dringend wieder ersetzt werden müssen. Durch diese lebendige Zivilgesellschaft wird in Berlin vieles an guten Maßnahmen vorangetrieben oder auch manchmal etwas verhindert, was die Leute für schädlich halten.

Das laute und rebellische Berlin zeigt sich besonders in der Wohnungsfrage

So bejahten 2021 rund 59 Prozent der Abstimmenden den Volksentscheid zur Vergesellschaftung von einigen Tausend Wohnungen großer Immobilienkonzerne, gleichzeitig mit der Landtags- und Bundestagswahl. Quer durch politische Lager waren 1.035.950 Wahlberechtigte für »Deutsche Wohnen & Co enteignen«. Das war eine Sensation. Und ein klarer Auftrag für die Politik, in Berlin das Gemeineigentum an Wohnungen wieder auszuweiten, bezahlbare Wohnungen anzubieten. Denn Berlin als Lebens- und Arbeitsort darf nicht weiter zur Beute von großen Konzernen werden.

Wenn Immobilien von global agierenden börsennotierten Fondsgesellschaften erworben werden, wollen sie die möglichst maximale Verwertung ihres Kapitals erreichen. Profit vor Allgemeinwohl. Bei den Spekulationen um »Betongold« geht es um die renditeorientierte Aneignung des Bodens in Berlin, egal wie die Lebensqualität der Bevölkerung darunter leidet. Mit dem Slogan »Wir sind kein

Betongold« wehren sich Mieter*innen am Herrfurthplatz gegen ihre Vertreibung. Klar ist: Kommunales Eigentum an Boden und seiner Bebauung ist Voraussetzung für eine demokratische, soziale und ökologische Stadtplanung im Interesse der Bürger*innen.

Während der Berliner Finanzkrise zu Beginn der 2000er waren massenweise Land und Boden plus Sozialwohnungen verscherbelt worden. Wegen des Defizits im Berliner Haushalt stimmten damals alle Parteien zu, dass die rot-rote Regierung Zehntausende von Sozialwohnungen verkaufte. Ein schwerer Fehler, der korrigiert werden muss. Eine Haushaltskonsolidierung darf niemals solche unsozialen Folgen haben. Wie die derzeitige Haushaltsklemme in Berlin überwunden werden kann, muss mit der Stadtgesellschaft beraten und darf nicht top down diktiert werden.

Sicher können in Berlin nicht alle Probleme gelöst werden, denn Bundesrecht hat oft Vorrang, wie im Mietrecht. Jedoch sollte grundsätzlich gelten, dass knappe Finanzen nicht dazu führen, bei den Ausgaben für die sozial Schwächsten zu kürzen und die für alle Bürger*innen nötige Infrastruktur zu beschädigen. Für alle Bereiche des Stadtlebens muss gelten, dass Allgemeinwohl Vorrang hat. Berlin gehört den Menschen, die hier leben und arbeiten. Ihre Vielfalt und ihr widerständiges Engagement für Berlin kommt in den folgenden Texten zum Ausdruck.

»War ist over.« Kreuzberger Brachlandschaft mit Wandmalereien, darunter von einer Friedenstaube, daneben »War is Over« mit einem Bild von John Lennon und Joko Ono.

Schlechte Stimmung in Berlin

Im Haus der Statistik am Alexanderplatz, »Allesandersplatz« genannt, laden Initiativen in künstlerischen, kulturellen und sozialen Formaten die Menschen dieser Stadt ein, das neu entstehende Quartier mitzugestalten.

In den letzten Jahren wurde das Land Berlin von einer ganzen Reihe von Krisen erschüttert, die z.T. große Einschränkungen für die Bevölkerung bedeuteten. Nach der Finanzkrise kamen die Corona-Krise, die chaotischen Wahlen im Jahr 2021 und dann der Bruch der rot-rot-grünen Regierungskoalition 2023. Noch offen bleibt die Frage, wie es in Berlin nach den 2026er-Wahlen aussehen wird. In diesem Buch werden nach einem kurzen Rückblick auf die politischen Entwicklungen der letzten Jahre sowie einer kurzen Vorstellung von Berlin und seinen 12 Bezirken einige prioritäre Themen behandelt, die bei den kommenden Wahlen eine entscheidende Rolle spielen könnten. Dies sind u.a. die gesundheitliche und soziale Lage der Bevölkerung, das Berliner Bildungssystem sowie die Entwicklung auf dem Berliner Wohnungsmarkt vor dem Hintergrund der steigenden Lebenshaltungskosten und der Sparentscheidungen im Landeshaushalt.

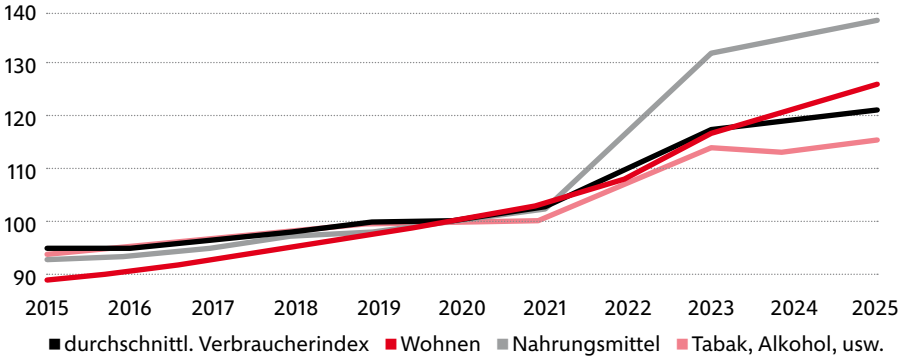
Alles wird teurer!

Heutzutage dominiert der Eindruck bei einem Großteil der Berliner Bevölkerung, dass die Preise für das, was man zum Leben braucht, übermäßig steigen. Leider ist das nicht nur ein Gefühl, sondern ein reales Phänomen, das empirisch beobachtet werden kann. Vor allem sozial schlechter gestellte Menschen werden besonders hart von dieser Teuerung getroffen, da sie einen deutlich höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für den täglichen Konsum ausgeben (müssen) als bessergestellte Bevölkerungsschichten. Angesichts der Tatsache, dass die Politik das System der Grundsicherung in Deutschland zurückzuschneiden und Grundsicherungsempfänger dabei als Drückeberger darstellt, entsteht sehr viel Unmut. Zu Recht.

Abbildung 1 zeigt den durchschnittlichen Verbraucherpreisindex insgesamt sowie für drei exemplarische Ausgabenkategorien in Berlin im Zeitraum von 2015 bis 2025 (2020 = 100). Hierbei wird deutlich, dass tatsächlich alles teurer wird. Interessanterweise ist die Preisentwicklung im Bereich »Wohnen« die am stabilsten der dargestellten Ausgabenbereiche – vermutlich aufgrund der Stabilität der Bestandsmieten. Beunruhigend ist dabei, dass der Preisanstieg im Bereich »Nahrungsmittel« deutlich stärker ist als der im Bereich »Alkohol und Tabakerzeugnisse«. Wir sehen deutlich, dass Grundnahrungsmittel in Berlin fast 38% teurer geworden sind als im Jahr 2020. Die Löhne, die Renten und die Grundsicherungen konnten hier keineswegs mithalten.

Auf die Preisentwicklung kann der Berliner Senat wenig Einfluss nehmen, aber Einsparungen bei Angeboten für die am stärksten von dieser Entwicklung betroffenen Gruppen sind keine angemessene Antwort. Hier sind Augenmaß und Kreativität gefragt.

Abb. 1: Verbraucherpreisindex in Berlin von 2015–2025 (2020=100)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Hast du mal eine Wohnung für mich?

Früher hieß es beim Betteln: »Hast du mal eine Mark?« Heute geht es um wesentlich essenziellere Belange. Nicht nur die Ärmsten der Bevölkerung sind verzweifelt auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung, sondern auch junge Familien, Studierende sowie neu in Berlin Beschäftigte und deren Familien. So wie die Preise auf dem Berliner Wohnungsmarkt gegenwärtig liegen, können sie es sich eigentlich nicht leisten, hier zu wohnen. Neben den Beispielen des Mietwuchers, wo Wohnungen zu astronomischen Preisen untervermietet werden, ist es nicht ungewöhnlich, dass hohe Vermittlungsgebühren von normalen Menschen in der Hoffnung angeboten werden, eine freie Wohnung zu finden.

Auf der anderen Seite gibt es (u.a. ältere) Menschen mit mehr Wohnraum, als sie brauchen, die eine berechtigte Angst davor haben, dass sie sich bei einem Umzug in eine kleinere Wohnung diese nicht leisten können. In Kapitel 4 (»Armut und soziale Ungleichheit) werden wir uns ausführlich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Ein Blick zurück im Zorn

Seit dem Erscheinen unseres ersten Buches »Soziale Spaltungen in Berlin« (Bochum et al., 2016) sind inzwischen 10 Jahre durchs Land gegangen. Wie damals steht eine Berliner Wahl an, um den Kurs der Regierung in der deutschen Hauptstadt zu bestimmen. Damals war die Stadt Berlin sowohl durch einen hohen Anteil an sozial benachteiligten Bewohner*innen als auch durch eine starke Polarisierung gekennzeichnet – nicht nur sozial-räumlich, sondern auch zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Beide Phänomene basieren in erster Linie auf langfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen und lassen sich nicht ohne Weiteres in kurzer Frist entgegengewirkt werden. Wir wollen in diesem Buch jedoch den Entwicklungen seit dem ersten Buch nachgehen, um einige Arbeitsschwerpunkte für die nächste Landesregierung zu benennen.

Mit der Abgeordnetenhauswahl am 18.9.2016 kam in Berlin die erste deutsche Landesregierung zustande, die aus einer Koalition der drei Parteien SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen (Rot-Rot-Grün) hervorging. Diese Regierung konnte nicht alle damaligen Erwartungen erfüllen, aber unter der Leitung des SPD-Regierenden Bürgermeisters Michael Müller wurde eine Reihe von Reformvorhaben auf den Weg gebracht (vgl. Bochum et al., 2021). Bis Ende 2021 regierte die rot-rot-grüne Landesregierung die deutsche Hauptstadt erstaunlicherweise relativ geräuschlos.

Der verhängnisvolle Kurs der SPD

Wie nähere Beobachter*innen wissen, ist die Berliner SPD seit Jahren heillos zerstritten. Trotz aller Versuche, eine gemeinsame progressive Linie zu finden, gibt es innerhalb der SPD sowohl einen (moderaten) »linken« Flügel, der auch für Experimente wie Rot-Rot-Grün offen ist, als auch einen eher konservativen Flügel, der sich stärker für eine Politik der sogenannten Mitte einsetzt. Da die Ausrichtung der Landespartei stark von den Machtverhältnissen in den einzelnen Ortsvereinen (Abteilungen) abhängt, die sich dann auf die 12 Berliner Bezirke (Kreise) übertragen, sind größere Richtungsänderungen relativ selten und treten oft nach verlorenen Wahlen auf. Je nachdem, welcher Flügel zu dem Zeitpunkt in den Parteigremien Oberwasser hat, werden sowohl die aktuelle Politik der Berliner SPD als auch die anvisierten Koalitionspartner bei den jeweiligen Wahlen stark beeinflusst.

Rechtzeitig vor den 2021er-Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus wurde jedoch Michael Müller als SPD-Spitzenkandidat außerplanmäßig vom rechten Parteiflügel ohne erkennbaren Grund zugunsten von Franziska Giffey abgesetzt. Parteiintern wurde damit argumentiert, dass es der Berliner SPD guttäte, eine profiliertere Spitzenkandidatin ins Rennen zu schicken. Also machte der linke Flügel gute Miene zum schlechten Spiel.

Das Fatale an diesem Vorhaben war, dass Michael Müller in erster Linie ein Pragmatiker war und keinem der Flügel angehörte. Hierdurch konnte er sowohl innerhalb der eigenen Partei als auch in der Koalition eine moderierende Rolle spielen. Franziska Giffey dagegen machte aus ihren Präferenzen keinen Hehl. Nach der sehr knapp gewonnenen 2021er-Wahl konnte Frau Giffey nur durch Druck der Funktionär*innen davon abgehalten werden, eine sogenannte Deutschlandkoalition mit der CDU und der FDP einzugehen, sodass Rot-Rot-Grün in Berlin doch in eine zweite Runde gehen konnte.

Vorzeitiges Aus für Rot-Rot-Grün

Die zweite Wahlperiode von Rot-Rot-Grün stand von Anfang an unter einem schlechten Stern. Dank der ungünstigen Bestimmung des Wahltags[1] (am Tag des Berlin-Marathons) und der schwierigen Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen auf Landesebene und den Bezirken bei den Vorbereitungen auf die Wahlen kam es 2021 zu größeren Pannen und Wartezeiten in einigen Wahllokalen. Auch wenn die handelnden Akteure auf der politischen Ebene gar nichts mit dem konkreten Wahldebakel zu tun hatten, wurde in den Medien »Rot-rot-grün« dafür verantwortlich gemacht. Anstatt punktuelle Wahlwiederholungen in besonders betroffenen Wahllokalen anzuordnen (wie bei den gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahlen), wurde jedoch für die Berlinwahl entschieden, den gesamten Wahlvorgang zu wiederholen.

Dank u.a. einer beispiellosen Medienkampagne – auch in den »seriösen« Zeitungen und den öffentlich-rechtlichen Radiosendern – wurde das Rot-Rot-Grüne-Experiment in Berlin am 12.2.2023 endgültig abgewählt. Erschwerend war auch die Tatsache, dass die grüne Verkehrssenatorin kurz vor den Wahlen unvermittelt und ohne Vorbereitung die Absperrung eines kurzen Abschnitts der Friedrichstraße für den Autoverkehr angeordnet hat, was den erbitterten Widerstand der dort ansässigen Geschäfte provoziert hat, obgleich kaum ein Kunde mit dem Auto zum Einkaufen in die Friedrichstraße fährt. Dies erwies sich als klares Einfallstor

[1] Die Berliner Wahl 2021 sollte gleichzeitig mit der Bundestagswahl stattfinden. Dieser Termin wurde jedoch von der Bundesregierung im Dezember 2020 gegen den Widerstand aus Berlin und einem anderen Bundesland festgelegt. Schon 2017 gab es ebenfalls eine Bundestagswahl, die gleichzeitig mit dem Berlin-Marathon stattfand, die aber erfolgreich bewältigt werden konnte.

Wandmalerei »Aufstand der Farben«. Ausschnitt aus einer 600 qm großen Wandmalerei vom Verein Interbrigadas mit Marx, Fernsehturm und Zeppelin an der Brandmauer eines Hotels in Kreuzberg. Sie symbolisiert den kulturellen und politischen Austausch zwischen Europa und Lateinamerika.

für die CDU. Anschließend begannen sich die Spitzenpolitiker*innen der Grünen und der SPD in aller Öffentlichkeit gegenseitig zu zerfleischen.

Seit der verlorenen Wahl fungiert die SPD als Juniorpartner der CDU. Sozialdemokratische Prinzipien hin oder her – nach dem Motto des ehemaligen SPD-Bundesvorsitzenden Franz Müntefering: »Opposition ist Mist«.

Die kleine »Große Koalition« in Berlin seit 2023

Entgegen allen Erwartungen gibt sich Kai Wegner (CDU) als Regierender Bürgermeister von Berlin in der Großen Koalition größtenteils staatsmännisch, obgleich er eher vom »rechten« Flügel seiner Partei stammt. Bis auf sein Verhalten am ersten Tag des großen Stromausfalls im Südwesten Berlins (Tennisgate) kommt er selten in die Seiten der Skandalpresse und bietet auch den Granden der Bundes-CDU gelegentlich die Stirn. Als Wirtschaftssenatorin kommt Franziska Giffey ebenfalls deutlich seltener in den Schlagzeilen und scheint ihrer neuen Rolle zu gefallen.

Hohe Heizkosten als zunehmendes Problem für Mieter*innen, hier aufgegriffen durch die Linke im Wahlkampf zur Bundestagswahl im Februar 2025. Die Linke holte in Berlin mit 19,9% völlig unerwartet die meisten Stimmen.

Auffällig in den fast drei Jahren der Berliner Großen Koalition sind insbesondere der Verschleiß im Kulturbereich (s. S. 203ff.), der Stillstand im Bau- und Bildungsbereich sowie die anhaltende Fantasielosigkeit in der CDU-Verkehrspolitik (s. S. 176ff.). Ein großes Thema sind auch die z.T. erheblichen Einschnitte in einzelnen Bereichen bei den gegenwärtig geplanten Einsparungen (s. S. 95ff.). Beim Herzensprojekt des Regierenden Bürgermeisters, der Reform der Berliner Verwaltung, scheint es jedoch voranzugehen (vgl. »Wie regiert man eine Millionenstadt«, S. 26ff.). Skeptiker geben jedoch zu bedenken, dass das Anfang 2026 in Kraft tretende Landesorganisationsgesetz nicht weitreichend genug sei (vgl. Interview mit Michael Müller in Spiegel 1/2026).

Trotz des bislang relativ geräuschlosen Regierens der Großen Koalition im Land Berlin sind die Wähler mittlerweile nicht ganz von ihrer Arbeit überzeugt. Eine Große Koalition ist immer eine Notlösung im deutschen politischen System. Dadurch, dass keine der Parteien ihr Wunschprogramm durchsetzen kann, bleibt immer eine Menge Wähler unzufrieden. Im Gegensatz zur Situation nach den 2023er-Wahlen wären die CDU (19,8%) und die SPD (15,5%) bei der Sonntagsfrage am 15.5.2026 ziemlich weit von einer Mehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus entfernt, wenn es jetzt Wahlen gäbe.

Die Stimmung in der Opposition ist gegenwärtig sehr unterschiedlich

Bei den Bundestagswahlen ist die Partei Die Linke zur stärksten Kraft in Berlin geworden, trotz des Austritts einer Reihe von Prominenten infolge des Streits über den Umgang mit Antisemitismus im Oktober 2024. Dies erfolgte durch eine beachtenswerte Tür-zu-Tür-Kampagne und dank der (fremdenfeindlichen) Wahlhilfe von Friedrich Merz, die der Partei zahlreiche Neumitglieder bescherten. Mitte Mai 2026 steht Die Linke in Berlin in der Sonntagsfrage mit 16,1% an dritter Stelle hinter der CDU und der AFD, was nach wie vor eine Wiederauflage des Bündnisses mit den Grünen (ebenfalls 16,1%) und der SPD (15,5%) – unter linker oder grüner Führung – ermöglichen würde. Ob das Momentum bis zu den Berliner Wahlen im Herbst anhält, ist noch eine offene Frage.

Lachende Dritte in der Sonntagsfrage – knapp hinter Die Linke – ist die AfD (16,2%), die seit den Wahlen 2023 (9,1%) um 7,2 Prozentpunkte gestiegen ist und darauf lauert, dass die Brandmauer zur Berliner CDU löchrig wird. Leider profitieren sie am meisten von der Fantasielosigkeit der gegenwärtigen Regierungskoalition, auch wenn sie keine eigenen Lösungen für die drängendsten Probleme der Stadt parat haben. Die weiteren Parteien, die derzeit nicht im Abgeordnetenhaus vertreten sind (u.a. BSW und FDP), spielen in Berlin im Moment keine Rolle.

Demo am 2. Februar 2025 wegen Merz' Vorstoß zur Verschärfung der Migrationspolitik mit Hilfe der AFD.

Ausblick: Chancen für einen Politikwechsel?

In diesem Buch haben wir auf zentrale Lebensbereiche hingewiesen, die von der gegenwärtigen Regierungskoalition vernachlässigt wurden. Damit Berlin leistbar und lebenswert für alle wird, ist ein Politikwechsel dringend erforderlich. Das darf nicht abstrakt bleiben. Wer Hoffnung erzeugen will, ohne ein demagogisches Spiel damit zu treiben, muss konkret, verständlich, emotional glaubwürdig vermitteln, dass eine andere Politik möglich ist.

Zu den drei Kernproblemen, die nach den Wahlen angegangen werden müssen, zählen aus unserer Sicht:

- Berlin ist Hauptstadt der Armut geworden: Die Mieten werden absehbar weiter steigen, die Löhne hinterherhinken. Zum Leben bleibt den Berliner*innen immer weniger. Von dieser Entwicklung sind fast alle Mieter*innen betroffen: durch Mieterhöhung, angedrohte Mieterhöhung oder Angst vor Mieterhöhung bis hin zu Verlust der Wohnung (z.B. durch Räumung oder Eigenbedarf). Gleichzeitig wird Berlin zum beliebten Standort für Reiche, die ungehindert ihren Geschäften nachgehen. Die Kluft zwischen reichen und armen Stadtteilen zeigt sich deutlich an den sichtbar verwahrlosenden Kiezen und der Obdachlosigkeit auf den U-Bahnhöfen und unter den Brücken.
- Angesichts des fortschreitenden Klimawandels stünde für Berlin eine Verkehrswende dringend auf der Tagesordnung. Stattdessen werden autoorientierte Verkehrsprojekte mit Unsummen gefördert. Derweil steigen die Preise für den ÖPNV, was insbesondere arme Menschen belastet, die sich ein Deutschlandticket nicht leisten können. Und das System des ÖPNV wird aufgrund fehlender Instandhaltung in den letzten Jahrzehnten für andere Verkehrsteilnehmer*innen immer weniger attraktiv. Schon geplante Fahrradwege wurden gestoppt, mit Konsequenzen für die Sicherheit von Radfahrer*innen und Fußgänger*innen.
- Das Berliner Bildungssystem ist in einem so schlechten Zustand wie nie zuvor: Statt alle Schüler*innen mitzunehmen und sie pädagogisch sinnvoll zu fördern, macht sich ein rücksichtsloser Leistungsgedanke gegenüber den Kindern breit. Viele kommen damit nicht zurecht. Etwa 10% der Abgänger*innen eines Jahrgangs erreichen keinen Abschluss. Während den öffentlichen Schulen dringend benötigte Mittel fehlen, werden Privatschulen stärker gefördert. Insbesondere in den Stadtteilen mit hoher Kinderarmut – in einigen sind bereits die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen betroffen – führt diese Politik dazu, dass arme Kinder immer weiter ausgegrenzt werden.

Politik muss die Absicherung der Grundbedürfnisse für alle zum Ziel haben, sonst wird sie zur Farce. Angesichts der Verzweiflung und der Bedrohung der Menschen suchen sie nach Alternativen (leider immer mehr rechts). Wir brauchen eine Politik,

die ihrer Aufgabe gerecht wird und den misslichen »Status quo« radikal verändert. Berlin braucht eine Koalition, die das begreift und danach handelt.

Eine rot-rot-grüne Koalition wäre möglich, allerdings unter anderen Vorzeichen. Ein Führungsanspruch der SPD bestünde, anders als in vergangenen Jahren, nicht mehr. Die Frage ist jedoch, ob die drei Parteien in der Lage sind, einen kooperativen Stil der Zusammenarbeit zu entwickeln und sich nicht gegenseitig zu blockieren, wie es im Endstadium des letzten rot-rot-grünen Senats an der Tagesordnung war. Die Wahlprognose für die AfD in Berlin liegt Ende März 2026 bei 16,5%. Also ist sie rein zahlenmäßig mit den demokratischen Parteien auf Augenhöhe, obwohl ihr Programm keine Lösungen für die sozialen Notstände bietet und rechtsradikale Hetze soziale Spaltungen vertieft. Ihr bisheriger Erfolg ist Ausdruck von Verbitterung und Wut über ungelöste existenzielle Probleme sowie von Ängsten, sozial abzusteigen, während wenige immer reicher werden.

Schwung für eine neue Stadtpolitik kommt im Moment von der Linken, die, getragen durch eine Eintrittswelle, das Thema Wohnraumversorgung und Mietenpolitik nach vorne treibt und damit die Alltagssorgen der Stadtbürger*innen anspricht. Bei der SPD herrscht Frustration, da die Koalition mit der CDU von vielen an der Basis der Partei nicht gewünscht war. Die Partei bekommt für ihr Mittun in der unpopulären Koalition und für ihre Kürzungspolitik die Quittung in Form zurückgehender Zustimmung in den Umfragen. Die Grüne Partei sucht nach dem Verlust der Regierungsbeteiligung nach neuen Anknüpfungspunkten an ihre Wählerschaft, ohne ihr ureigenes Thema, die Verkehrswende/ökologische Erneuerung, ins Zentrum zu stellen. Dabei gibt es mit dem Rückbau der Verkehrswende durch die CDU genügend Kritikpotenzial. In der Wohnungspolitik gibt es bei den Grünen einige Überschneidungen mit der Linken.

Hinzu kommt, dass die Stadt keineswegs im Wesentlichen von Kulturkämpfen geprägt ist. Dieses Vorurteil wird nicht nur bei der AfD mit Blick auf die »woke« Szene gerne geschürt. Vielmehr werden mit sich verschlechternden Haushaltsbedingungen und stagnierendem Wachstum harte Verteilungskämpfe anstehen. Im Gegensatz zur Haushaltssituation der rot-rot-grünen Regierung von 2016 bis 2021 sind die Kassen heute leerer. Ein progressiver Senat müsste daher auch entscheiden, ob, wie und wo sozial verträglich gespart werden kann. Das Beispiel Bremen zeigt, dass trotz bestehenden Spardrucks eine Linkskoalition durch Einsparungen und gezielte Investitionen in die soziale Infrastruktur und Bildung soziale Härten abmildern kann.

Wie sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Berlin in den nächsten Jahren verändern, kann die Landespolitik nur zum Teil beeinflussen. Viele Entscheidungen, die das alltägliche Leben beeinflussen, sind auf Bundesebene angesiedelt – wie die Höhe der Renten und der Bürgerversicherung, eine wirkungsvolle Mietpreisbremse, die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, die Aufnahme von geflüchteten Menschen, eine den Frieden sichernde Außenpolitik, ein gerechtes Steuersystem

(z.B. eine Vermögenssteuer) und vieles mehr. Doch für die Bürger*innen ist es wichtig, zu erfahren, was auf Landesebene in Berlin konkret beeinflussbar ist. Erfahrungsgemäß kann das Engagement der Bürger*innen dazu beitragen, dass gegen Missstände vorgegangen wird.

Grundsätzlich gilt: Politik soll sich am Allgemeinwohl ausrichten, statt sich Profitinteressen zu unterwerfen. Eine entscheidende Frage für eine progressive Regierung ist, wie die Beteiligung der Bürger*innen organisiert werden kann. Die Realisierung politischer Ziele erfolgt auf verschiedenen Ebenen: Koalitionsvereinbarung, gesetzgeberische Entscheidungen im Abgeordnetenhaus, Koordination mit den Bezirken, Aktivitäten der verschiedenen Verwaltungen sowie Beteiligungsformen der Zivilgesellschaft. Im rebellischen Berlin ist Durchregieren mittels strikter Top-down-Methoden zum Scheitern verurteilt. Gefordert ist eine konkrete, zielorientierte Kommunalpolitik samt einem Werkzeugkasten zur Umsetzung. Beispiele sind z.B. die unbedingt nötige Fortführung des seit 2022 bestehenden »Runden Tisches Liegenschaftspolitik«. Das ist ein offenes Forum der Initiative StadtNeudenken, das regelmäßig im Abgeordnetenhaus tagt, um eine gemeinwohlorientierte Neuausrichtung der Flächennutzung zu fördern und Transparenz bei Verkäufen zu schaffen. Für die Einbeziehung der Bürger*innen gibt es viele andere Möglichkeiten, wie die Öffentlichkeit der Sitzungen der Bezirksversammlungen und ihrer Ausschüsse. Weiterhin gibt es in einigen Bezirken ein Quartiersmanagement, das im Rahmen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt eingerichtet wurde und Probleme im Quartier in Zusammenarbeit mit den Quartiersräten aufgreifen kann.

Natürlich hat die Verwaltung einen großen Einfluss und daher sei vor ihrer Geringschätzung gewarnt. Wirkungsvoll zu regieren ist in einer Stadt mit zwölf Bezirken, die allesamt als Großstädte gelten können, nicht einfach. Zudem ist das Land Berlin eine Stadt, die lange geteilt war und in der sich nach wie vor Unterschiede zwischen Ost und West bemerkbar machen. Die nächste Regierung steht vor der Frage: Wie kann es gelingen, dass sich die vielen unterschiedlichen Beteiligten im kommunalpolitischen Handeln an gemeinsamen Zielen orientieren? Dazu gehörten viel Überzeugungsarbeit, viel Kommunikation und viel planerische, handwerkliche Arbeit, um tatsächliche Veränderungen zu bewirken.